

# Der Landbote

## 2040 oder 2050 – Volk soll entscheiden, bis wann Winterthur CO<sub>2</sub>-frei sein soll

**Winterthur** Bis wann die Stadt das Klimaziel «Netto null» erreichen soll, muss das Stimmvolk entscheiden. Dies ist der selbst ernannten Klimaallianz geschuldet. Derweil reklamiert der Klimastreik einen Teilsieg für sich.

**Gregory von Ballmoos**  
und **Delia Bachmann**

Netto null bis 2050 – das war der Klimaplan des Stadtrats für Winterthur. «Wir haben geliefert, was der Gemeinderat bestellt hatte», sagte die zuständige Stadträtin Katrin Cometta (GLP) am

Montag im Grossen Gemeinderat. Doch das war anscheinend nicht genug. Die Klimaallianz, bestehend aus den Fraktionen der SP, der Grünen/AL, der GLP und der EVP, forderte kurzfristig ein ehrgeizigeres Ziel: netto null bis 2040. Die vier Fraktionen stellen zusammen die Mehrheit im Rat.

Und so war es für sie ein Leichtes, ihr Anliegen durchzusetzen.

### Netto null 2030 vom Tisch

Chancenlos war hingegen ein Antrag, den die AL stellvertretend für den Klimastreik gestellt hatte. Dieser verlangte einen CO<sub>2</sub>-Ausstoss von netto null bis

2030. Der grössere Frust war für die Klimastreikenden aber der Erfolg eines FDP-Antrags. Dank der Unterstützung von GLP und EVP hat nun das Stimmvolk die Wahl zwischen netto null 2040 und netto null 2050. Caesar Anderegg vom Klimastreik sagte: «Die EVP und die GLP haben mit

ihrer mutlosen Zustimmung zur Variantenabstimmung die Option 2050 wieder ins Spiel gebracht.» Aber wenn 2040 angenommen würde, sei dies schon ein Erfolg. «Wir sind aber nicht aus der Sitzung gelaufen und haben gedacht: Yes, gewonnen», sagte Simon Böhi. **Seite 3**

## Das Stimmvolk gibt das Tempo vor

**Klimapolitik** Am Montag debattierte der Grosse Gemeinderat darüber, wie schnell die Stadt Winterthur klimaneutral werden soll. An der Urne hat das Volk die Wahl zwischen netto null bis 2040 und 2050.

Delia Bachmann und  
Gregory von Ballmoos

Knapp zwei Jahre nachdem er den Klimanotstand ausgerufen hatte, debattierte der Grosse Gemeinderat am Montag über die richtige Geschwindigkeit in der städtischen Klimapolitik. Das gemächlichste Tempo gibt die Motion «Netto null Tonnen CO<sub>2</sub> bis 2050» vor. Dieses Ziel ist auch die Basis des Massnahmenplans, den der Stadtrat im März vorstellte. Die Parteien, die damals die Motion einreichten, schlugen am Montag eine Volte. Die Allianz aus SP, Grüne/AL, Grünliberalen und EVP brachte quasi in letzter Minute ein neues Klimaziel ins Spiel: netto null bis 2040. «Damit schliessen wir die Lücke zwischen den Forderungen des Klimastreiks und dem Plan des Stadtrats», erklärte Barbara Huijzinga (EVP) den Kompromiss. Auch das Zwischenziel von einer Tonne CO<sub>2</sub> soll bereits 2033 statt 2035 erreicht sein.

Eine weitere Variante brachte Roman Hugentobler (AL) in die Debatte ein. Er verlas eine Erklärung der Klimastreikbewegung und beantragte eine zusätzliche Verschärfung: netto null bis 2030. Die Aktivisten hatten vor der Ratsdebatte eine entsprechende Petition überreicht und Hunderte Augen auf den Asphalt gemalt: «Jedes einzelne Jahr verhindert Zerstörung und rettet Leben», begründete Hugentobler seinen Antrag.

### Angst vor dem Scheitern

«Wir sind gut bei den Worten, doch bei den Taten sieht es mager aus», sagte Urs Hofer (FDP) gleich zu Beginn der Debatte. Der FDP-Fraktion sei es egal, welche Zahlen auf dem Papier stünden. Wichtig sei bei einer «ehrlichen» Klimapolitik die Umsetzung: «Wir sollten endlich gemeinsam liefern, statt gegeneinander zu lafern», so Hofer.

Die FDP brachte den Vorschlag ein, dass das Klimaziel in zwei Varianten vors Stimmvolk kommt – netto null bis 2050 und 2040. Dies, um ein Scheitern an der Urne zu verhindern: «Wir möchten einen Weg aufzeigen, dass es in dieser Sache nicht zu einem Scherbenhaufen kommt», sagte Felix Helg (FDP). André Zu-



GLP-Stadträtin Katrin Cometta verteidigte netto null bis 2050, Urs Hofer (oben, FDP) waren die Zahlen egal, und Raphael Hugentobler (AL) brachte den Netto-null-bis-2030-Antrag ein. Fotos: Christian Merz

raikat (Die Mitte) forderte, dass die Stadt mit Kanton und Bund gleichzieht und bis 2050 klimaneutral wird. Die Welt gehe nicht gleich unter, wenn man die Ziele nicht erreiche: «Der Glaube, den Klimawandel zurückdrehen zu können, ist eine babylonische Selbstüberschätzung der Menschheit», sagte Zuraiikat. Nur eine einzige Fraktion wollte von Klimaneutralität nichts wissen: «Ein Ja zu diesem Geschäft würde uns in politische Geiselnhaft

nehmen», sagte Markus Reinhard (SVP).

### Limetten aus Übersee

Er sprach von «immensen Kosten» in unbekannter Höhe: «Wir werden nicht das Griechenland, sondern das Burundi der Schweiz sein», mahnte Reinhard. Zudem warnte er vor «klimasozialistischer Umerziehung» und dem «wahren Gesicht der Klimajugend». Das eigentliche Ziel der Klimastreikbewegung sei der

Antikapitalismus. Die Aktivisten würden aber selber lieber Caipirinha mit eingeflogenen Limetten statt Appenzeller trinken.

Marc Wäckerlin (Piraten) fand, dass mehr Klimaschutz voraussetzt: «Wenn wir die Steuern senken, können sich mehr Leute Bioprodukte leisten.» Schon vor diesen Voten wurde die Debatte zuweilen emotional geführt. An einer Stelle rief die neue Ratspräsidentin Maria Sorgo (SP)

wegen des «aufgeheizten Klimas» dazu auf, den Anstand zu wahren.

### Der Plan bleibt der gleiche

Katrin Cometta, GLP-Stadträtin und Umweltvorsteherin, erbt das Klimadossier von Barbara Günthard-Meier (FDP) und lieferte im März den «bestellten» Klimaplan mit 54 Massnahmen ab. Man habe ehrgeizige Systemgrenzen festgelegt, einen Umsetzungsplan erarbeitet und gehe mit der Verwaltung mit gutem Beispiel voraus: «Der vorgesehene Absenkpfad ist steil, ambitioniert und machbar.» Auf die neuen Zielvorgaben reagierte sie da-

**«Wir sollten endlich gemeinsam liefern, statt gegeneinander zu lafern.»**

Urs Hofer  
Gemeinderat (FDP)

rum etwas pikiert: «Es ist schon hart, dass plötzlich eine neue Bestimmung auf den Tisch kommt», so Cometta. Positiv sei, dass das Parlament den Klimaschutz ernst nehme – und am bestehenden Massnahmenplan festhalte: «Sehr gern höre ich, dass wir nicht zurück auf Feld eins müssen», so Cometta. Als es ans Abstimmen ging, war netto null bis 2030 chancenlos. Die links-grüne Mehrheit votierte klar für netto null bis 2040. Da jedoch auch der FDP-Antrag eine Mehrheit fand, stimmt das Volk dereinst über zwei Varianten – 2040 und 2050 – ab. Auch aus der Schlussabstimmung ging die Klimaallianz als klare Siegerin hervor. Wann die beiden Klimaziele vors Volk kommen, ist laut Katrin Cometta noch offen. Die Aktivisten der Klimastreikbewegung, die bei der Debatte im Publikum sass, sind vom Ausgang der Abstimmungen enttäuscht. Besonders von der EVP und der GLP fühlen sie sich im Stich gelassen. Diese stimmten für den Variantenantrag – obwohl netto null bis 2050, das für die Aktivisten «keine Option» ist, da schon vom Tisch war.

## PKSW soll nicht mehr in fossile Energie investieren

**Winterthur** Die Klimaallianz verlangt, dass die Pensionskasse ihre Gelder nur noch klimafreundlich anlegt.

Die Ratslinke verlangte vom Stadtrat, dass dieser der Pensionskasse der Stadt Winterthur (PKSW) vorschreibt, nicht mehr in fossile Energien zu investieren. Doch darf er das überhaupt? Ein externes Gutachten sagt Nein. Der Stadtrat dürfe nur «Wünsche» anbringen, heisst es in der Antwort auf das Postulat. Postulant Christian Griesser (Grüne) sagte: «Die Klimaallianz attestiert der PKSW, dass sie etwas gemacht hat.» Die meisten Redner äusserten sich jedoch eher kritisch über die Pensionskasse. «Wir sind noch nicht zufrieden», sagte Franziska Kramer-Schwob (EVP). Maria Della Vedova (GLP) fügte an: «Die PKSW ist auf gutem Weg, aber noch nicht am Ziel.»

Grundsätzlich stehe der Stiftungsrat den Anlagen in fossilen Energien kritisch gegenüber, heisst es in einer Antwort. Sie hat 1,8 Millionen Franken von rund 2 Milliarden Franken Gesamtvermögen in der Kohleindustrie angelegt. Wie viel in die Erdöl- und Erdgasindustrie fliesst, könne man nicht genau sagen. Kompletzt verzichtet wird auf Anlagen in Firmen, die «kontroverse» Waffen herstellen. (gvb)

## Klimanotstand in Winterthur

**Winterthur** Vor bald zwei Jahren rief der Grosse Gemeinderat den Klimanotstand aus. Bei der Klimasisung am Montag anerkannte dies der Stadtrat. Rechte oder Pflichten können davon jedoch nicht abgeleitet werden. Einen Notstand im Sinne der polizeilichen Generalklausel dürfen nur der Bundesrat sowie der Zürcher Regierungsrat ausrufen. Darum sprach Stadträtin Katrin Cometta (GLP) im Rat von einer «semantischen Diskussion».

Viel wichtiger sei es, so Cometta, dass die Politik dem Klimawandel im Rahmen der regulären demokratischen Prozesse begegne. Der Stadtrat habe zudem die «Klima- und Energie-Charta Städte und Gemeinden» ratifiziert. Damit erkenne die Stadt den Klimawandel als eine der grössten globalen Herausforderungen. (gvb)

## Für ihre Forderung hat sie unter freiem Himmel übernachtet

**Klimaaktivistin aus Winterthur** Anna Stalder engagiert sich seit bald zwei Jahren Vollzeit für das Klima. Um Druck auf den Grossen Gemeinderat aufzubauen, hat sie vor dessen Sitzung vor den Eulachhallen campiert.

Rot leuchtet der Schlafsack auf der Wiese. Er gehört der Klimaaktivistin Anna Stalder. Gemeinsam mit einer Kollegin hat die 21-Jährige in der Nacht auf Montag auf der Wiese vor den Eulachhallen übernachtet und das in den sozialen Medien festgehalten. Die Kälte habe sie nicht gestört, sagt sie. «Ich schlafe auf Wanderungen häufig unter freiem Himmel.»

Stalder gehört zum Klimastreik Winterthur. Am Sonntag haben sich ihr zufolge rund 50 Personen einer Velodemonstration angeschlossen und sind vom Technikum bis zu den Eulach-



Die reichen Länder stehen jetzt in der Verantwortung, findet die Winterthurer Klimaaktivistin Anna Stalder. Foto: Enzo Lopardo

hallen gefahren. Auf dem Parkplatz dort blickten einen am Montag Hunderte mit Kreide auf den Boden gezeichnete Augen an. 1100 sollen es sein. So viele, wie die Menschen, die die Petition des Klimastreiks unterzeichnet haben, um Netto null bis 2030 zu fordern. «Die Augen symbolisieren, dass wir den Gemeinderat heute Abend genau beobachten», sagt Stalder.

Der Grosse Gemeinderat debattiert am Montag an einer «Klimasitzung» unter anderem über die Motion «Netto null Tonnen CO<sub>2</sub> bis 2050». Die Politikerinnen und Politiker trügen eine

riesige Verantwortung, findet Stalder. «Was sie zum Klima entscheiden, betrifft uns alle.» Die wohlhabenden Länder haben aus Stalders Sicht eine «Klimaschuld», weil sie in der Vergangenheit den grössten Teil der Emissionen ausgestossen haben. Und zudem hätten reiche Länder wie die Schweiz auch viel mehr Möglichkeiten und Technologien, um Massnahmen umzusetzen.

### Aktivistin, Vollzeitjob

Stalder ist schon seit dem ersten Klimastreik in Winterthur dabei. Seit sie im Sommer vor

zwei Jahren das Gymi abgeschlossen hat, ist sie Vollzeitaktivistin. «Ich habe das Privileg, dass mich meine Eltern unterstützen», betont sie. Als Aktivistin könne sie viel mehr erreichen als mit einem politischen Amt. Denn die Politik verwalte zu sehr den Status quo. «Deshalb ist es wichtig, dass wir von der Klimabewegung Druck aufbauen.» Sagt es und harrt vor den Eulachhallen aus, bis sie am Nachmittag mit dem Klimastreik die Petition dem Grossen Gemeinderat übergeben kann.

Nina Thöny